Deutscher Juristinnenbund

**Deutscher Juristinnenbund e.V.**
Vereinigung der Juristinnen, Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen

Geschäftsstelle / Office:
Anklamer Straße 38
D-10115 Berlin
fon: ++49 – (0)30 – 443270-0
fax: ++49 – (0)30 – 443270-22
geschaeftsstelle@djb.de
http://www.djb.de

Berlin, 25. November 2010

# PRESSEMITTEILUNG

## Juristinnen fragen – Politikerinnen antworten
## djb-Veranstaltung zum Thema Entgelt(un)gleichheit am 25.11.2010, Berlin

Überall in Europa verdienen Frauen weniger als Männer. Deutschland gehört zu den Mitgliedstaaten, in denen der geschlechtsbezogene Einkommensunterschied (Gender Pay Gap) besonders krass ist. Verantwortlich dafür ist ein Bündel von Gründen. Diese werden insbesondere unter Schlagworten wie "Frauen verhandeln schlechter als Männer", "problematische Berufswahl und Karriereplanung", "Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit" diskutiert. Kaum beachtet, wenig diskutiert und unverändert ist hingegen, dass Entgeltdiskriminierung bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit für einen nicht unerheblichen Teil des Gender Pay Gap verantwortlich ist.

Eindeutige gesetzliche Verbote, die seit Jahrzehnten bestehen, haben dagegen bisher wenig bewirken können. Beispielsweise ist Entgeltdiskriminierung als Unterbewertung von Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, in Tarifverträgen und betrieblichen Entgeltsystemen enthalten.

"Mit Einzelklagen sind geschlechtsdiskriminierende Arbeitsbewertungssysteme nicht zu korrigieren", erklärt die Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes (djb), Jutta Wagner, anlässlich der Veranstaltung "Juristinnen fragen – Politikerinnen antworten" am 25. November 2010. Mit Politikerinnen aus fünf Bundestagsfraktionen wird dazu in der Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund in Berlin diskutiert. Der djb plädiert für ein Verbandsklagerecht und ein Verfahrensgesetz, mit dem Entgeltsysteme – z.B. in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen – unabhängig von Einzelklagen auf Diskriminierung hin überprüft werden können. "Es ist längst überfällig", mahnt die djb-Präsidentin, "dass die Politik wirksame Maßnahmen ergreift, um Entgeltdiskriminierung endlich zu beenden".